

Meinungen

Kommentar

Postenschacher untergräbt den Zusammenhalt

Vetterliwirtschaft zugunsten von Ex-Politikern ist gang und gäbe geworden. Der Grund liegt im Aufstieg der Berufspolitiker.

Simonetta Sommaruga will ihrem Parteigenossen, dem abgewählten SP-Nationalrat Corrado Pardini, einen lukrativen Nebenjob verschaffen. Sie schlägt ihn als Verwaltungsrat bei der Post vor. Der Postenschacher im Departement für Umwelt, Verkehr und Kommunikation ist nichts Neues.

Vor Kurzem hievte Sommaruga eine Genossin an die Spitze des Bundesamtes für Umwelt. Und die Aufsichtsbehörde der Post präsidiert die ehemalige SP-Ständerätin Géraldine Savary. Sommaruga führte damit fort, was ihre Vorgängerin Doris Leuthard vorgemacht hatte. Diese platzierte

Ein Milizparlamentarier kann gut mit einer Abwahl umgehen und wieder einem ordentlichen Beruf nachgehen.

enge Parteifreunde an der Spitze der Post und der SRG. Sommaruga ist nicht die einzige Departementschefin, die so verfährt. Bundesrat Alain Berset berief seinen abgewählten Parteikollegen Stéphane Rossini an die Spitze des Bundesamtes für Sozialversicherungen.

Auch Bundesräte anderer Parteien sind vor Vetterliwirtschaft nicht gefeit. Karin Keller-Sutter platzierte ihren FDP-Kollegen Fabio Abate in der Spielbankkommission. Und der frühere SVP-Nationalrat Jürg Stahl wurde von Guy Parmelin an die Spitze des Nationalfonds gesetzt. Allen diesen Besetzungen haftet der Geruch an, dass da jemand einen Posten bekommen hat, für den er eigentlich nicht geeignet ist. Es verschärft den Eindruck, «die da oben» machten, was ihnen passt. Vetterlischaft gefährdet den Zusammenhalt.

Die Bürger erwarten, dass Leistung zählt, nicht Beziehungen. Dies wäre nur mit einem transparenten Verfahren gewährleistet. Dann käme Sommaruga kaum auf die Idee, den in Bern geborenen Pardini als Vertreter der italienischsprachigen Schweiz zu verkaufen. Es gäbe aber noch eine andere Lösung: Pardini und andere

Berufspolitiker könnten sich an das gut-schweizerische Motto «servir et disparaître» («dienen und dann abtreten») erinnern – und einfach abtreten. Ein Milizparlamentarier kann mit einer Abwahl gut umgehen und nach dem Dienst am Land wieder einem ordentlichen Beruf nachgehen – wie alle anderen Bürger auch. Einen Chefposten braucht er nicht.



Dominik Feusi
Redaktor Wirtschaft

Wir brauchen eine Klimapolitik für Bevölkerung und Wirtschaft

Gastkommentar Die Schweizer Bundespräsidentin sowie die Präsidenten Deutschlands und Österreichs rufen am Welt-Umwelttag zu einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung auf.

Simonetta Sommaruga, Frank-Walter Steinmeier und Alexander Van der Bellen

Wir sind im Krisenmodus. Doch es gibt ein Leben neben der Krise – und eines danach. Wir müssen auch an diese Gegenwart und Zukunft denken.

Unser Alltag ist auch in Europa schon lange geprägt durch extreme Hitzesommer, Überschwemmungen und Dürren. Diese Wetterausschläge sind Folge des Klimawandels. Es wird heisser auf unserem Planeten. Gleichzeitig verschwinden immer mehr Tier- und Pflanzenarten für immer, oft ohne dass wir es merken.

Das Coronavirus hat diese Entwicklungen aus der öffentlichen Wahrnehmung verdrängt. Bezeichnend dafür ist, dass die Klimabewegung buchstäblich von der Bildfläche verschwunden ist: Auf Plätzen, auf denen vor ein paar Monaten noch Zehntausende für eine wirksame Klimapolitik demonstriert hatten, herrschte in den letzten Wochen oft Leere.

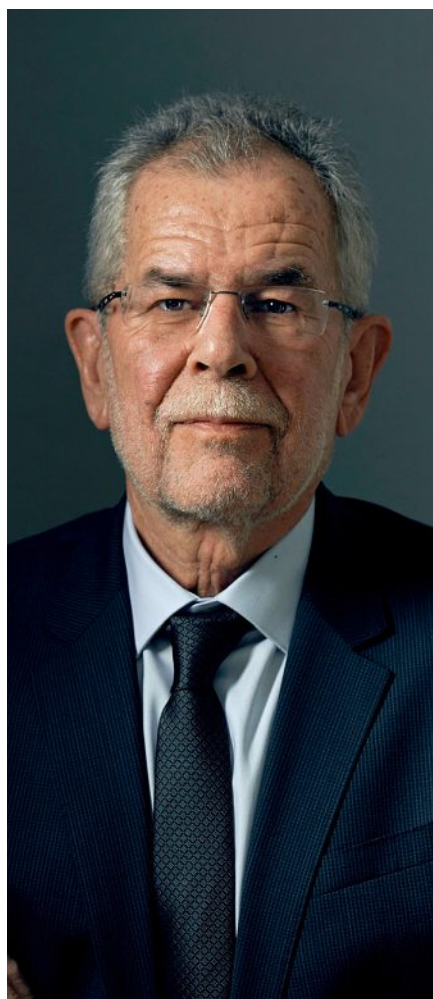
Doch die Klimakrise ist nicht verschwunden. Und es wird auch keinen Impfstoff gegen sie geben. Dass die Weltklimakonferenz wegen der Corona-Pandemie verschoben werden muss, heisst nicht, dass die Klimapolitik verschoben werden kann.

Klima- und Naturschutz gehören deshalb wieder zuoberst auf unsere Agenda. Nicht nur, weil heute Weltumwelttag ist. Sondern weil unser Leben und jenes unserer Nachkommen wesentlich davon beeinflusst wird, ob wir jetzt die richtigen Massnahmen treffen.

Wie bei Corona gilt auch in der Klimapolitik die Strategie «flatten the curve»: Wir müssen den Ausstoss klimaschädlicher Treibhausgase reduzieren.

Die Corona-Krise hinterlässt tiefe wirtschaftliche Spuren. Arbeit und Einkommen vieler Menschen stehen auf dem Spiel. Es ist deshalb richtig, dass die Staaten mit viel Geld Hunderttausende von Arbeitsplätzen retten. Ein Weiter-so nach eingefahrenen Mustern darf es aber nicht geben. Wir brauchen einen Neustart, mit Innovationen, die konsequent auf Nachhaltigkeit ausgerichtet sind.

Sichere Arbeitsplätze und eine starke Klimapolitik sind kein Widerspruch, im Gegenteil. Eine gesunde Wirtschaft,



Gemeinsame Ziele: Alexander Van der Bellen, Simonetta Sommaruga und Frank-Walter Steinmeier. Fotos: Laif/Tamedia/EPA

die wekommt von Kohle, Öl, Gas und Abfallbergen, schafft Wachstum und Arbeitsplätze mit Zukunft. Wir sollten deshalb nicht in die Vergangenheit investieren, sondern in neue, umweltfreundliche Technologien, in sauberen und bezahlbaren Strom aus erneuerbaren Energien und in Sektoren, die aus Altem Neues machen.

Auf internationaler Ebene wird viel getan. Das Abkommen von Paris sieht bis 2030 eine deutliche Reduktion vor, die Europäische Union hat einen ambitionierten Green Deal verabschiedet. Bis 2050 soll der Ausstieg aus den fossilen Energien gelungen sein. Wir werden aber nur erfolgreich sein, wenn wir die Klimapolitik gemeinsam mit der Bevölkerung gestalten.

Dies ist möglich, wenn wir die Voraussetzungen schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Einkommen klimaverträglich leben können. Dafür sind Infrastrukturen nötig, mit denen ein klimafreundlicher Alltag selbstverständlich wird. Wir brauchen Investitionen in

eine saubere Mobilität, in Ladestationen für Elektrofahrzeuge, in bessere Zugverbindungen, Fernwärmenetze oder in energieeffiziente Häuser und Wohnblocks.

So kann jede und jeder das Klima schützen. Gleichzeitig schonen wir das Portemonnaie der Bevölkerung: Wer etwa in einer gut isolierten Wohnung lebt, gibt weniger Geld fürs Heizen aus.

Für einen neuen, klimaverträglichen Alltag können wir auch etwas aus der Corona-Krise mitnehmen. Die letzten Wochen haben gezeigt, dass die Menschen auch über grosse Distanzen hinweg bestens zusammenarbeiten können. Videokonferenzen und Homeoffice können deshalb sinnvolle Instrumente sein, um den Verkehr zu entlasten und Treibhausgase zu reduzieren.

Die Menschen in Deutschland, Österreich und der Schweiz sowie in vielen anderen Gesellschaften Europas und der Welt leisten in der Pandemiebekämpfung einen enormen Kraftakt

und tragen tiefe Einschnitte mit. Insbesondere die jungen Menschen haben Solidarität gezeigt, um die Älteren zu schützen. In der Klimapolitik gilt jetzt umgekehrt: Wir Älteren müssen Solidarität mit den Jungen zeigen, indem wir ihnen einen lebenswerten Planeten hinterlassen. Denn es sind vor allem unsere Kinder und Enkel, welche die Folgen tragen werden, wenn wir jetzt nicht unsere Anstrengungen beim Klimaschutz wieder aufnehmen und erheblich verstärken.

Die Klimakrise werden wir nicht durch einen Lockdown bewältigen. Erfolgreiche Klimapolitik benötigt einen langen Atem. Zwischen Massnahmen und ihren Auswirkungen aufs Klima liegen mitunter Jahrzehnte. Aber auf die Beschäftigung, das Wachstum und den Alltag von uns allen wirkt sich eine kluge Klimapolitik rasch positiv aus. Wir haben deshalb alle Gründe, beim Klimaschutz vorwärtszumachen. Zusammen mit der Bevölkerung und der Wirtschaft können wir jetzt unsere Zukunft gestalten. Tun wir es!

Auf welche Art sollen wir solidarisch sein?

Salome Müller

Die Proteste in den USA, die seit dem Tod des Afroamerikaners George Floyd andauern, haben in Europa Widerhall gefunden. Menschen gingen in London, Berlin, Zürich auf die Strasse, um Solidarität mit People of Colour zu bekunden.

Auffallend ist, dass viele weisse Menschen in Europa ein Zeichen gegen Rassismus setzen wollen. Sie ersetzen auf Facebook ihr Profilbild durch eine schwarze Fläche mit dem Hashtag «Black Lives Matter» – schwarze Leben zählen. Sie halten an Demonstrationen «I can't breathe»-Schilder hoch – die Worte, die George Floyd aussties, als ihm ein weisser Polizist das Knie minutenlang in die Kehle drückte.

Es braucht unbedingt Solidarität von Menschen, die weiss und privilegiert sind. Erst mit dem breiten Protest wächst das Bewusstsein, dass Rassismus und andere Formen von Diskriminierung auch in Europa noch immer bestehen und bekämpft werden müssen. Als weisser Mitmensch gelangt man im besten Fall zur Einsicht, dass man von Ausgrenzung ebenfalls betroffen ist, weil man davon profitiert.

Problematisch wird es, wenn die wohlmeinende Solidarität zu Vereinnahmung wird. «Black Lives Matter» und «I can't breathe» sind politische Botschaften, die dringend gehört werden müssen. Sie sind Äusserungen von Personen, die Diskriminierung erleben und aufzeigen wollen, wie tief Rassismus in der Gesellschaft verankert ist.

Skandieren weisse Menschen «I can't breathe», machen sie sich eine Erfahrung zu eigen, die ihnen nicht gehört. Sie tun dies aus dem Bedürfnis, ihre Ohnmacht in eine Aktion zu übersetzen. So nehmen sie aber die eigene Hilflosigkeit in den Blick anstatt jene Menschen, um die es eigentlich geht.

Weisse sollten ihre Solidarität demütiger bekunden. Es gibt viele Möglichkeiten: sich über die jahrhundertealte Geschichte des Rassismus informieren. Die Geschichten von James Baldwin, Toni Morrison, Chimamanda Ngozi Adichie lesen. Schwarzen Mitmenschen zuhören. Sie an den Demonstrationen vorangehen lassen und ihnen aus den hinteren Reihen den Rücken stärken. Und in jenen Momenten aufstehen, wenn es Zivilcourage braucht.